

Internet-Blog

kreuz-und-quer.de

Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung

herausgegeben von

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 3. Quartal 2015

3 / 2015

Die Autoren:

Werner Böhler, Günter Buchstab,
Alois Glück, Johannes Ludewig,
Michael Mertes, Paul Ziemiak

Das Selbstverständnis

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative www.kreuz-und-quer.de zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog kreuz-und-quer.de veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf www.kreuz-und-quer.de

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.

**Redaktion:
Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh
stephan.eisel@kreuz-und-quer.de**

Inhaltsverzeichnis

Paul Ziemiak, Gedanken zur Flüchtlingsfrage.....	Seite 04
Günter Buchstab, 70 Jahre CDU.....	Seite 07
Alois Glück, Die Flüchtlingsfrage zwischen Willkommenskultur und Kapazitätsgrenzen.....	Seite 10
Michael Mertes, Selbstkritik vs. Selbstmitleid - Gedanken zu Jom Kippur 2015.....	Seite 13
Johannes Ludewig, 25 Jahre Deutsche Einheit.....	Seite 15
Werner Böhler, Keine Willkommenskultur: Die Flüchtlingsfrage in Tschechien.....	Seite 17

07. September 2015

Paul Ziemiak

Gedanken zur Flüchtlingsfrage

Überfüllte Boote, ertrinkende Menschen, Panik an Grenzübergängen, tausende Kilometer zu Fuß, allein, in Gruppen, mit und ohne Eltern, Tote in Lastwagen - mitten in Europa. Tragödien. Wenn ich die Zeitung aufschlage, fährt es mir täglich durch Mark und Bein. Die Nachrichten sind dominiert von der menschlichen Flüchtlingskatastrophe; einer neuen Völkerwanderung ungeahnten Ausmaßes. Weltweit sind 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Terror, Krieg, Diskriminierung, Hunger. Sie verlassen ihre Heimat, zumindest die Orte, die mal solches für sie gewesen sein müssen, und suchen ihr Glück in der Flucht. Ihre Hoffnung auf ein besseres, ein friedlicheres Leben trägt sie bis an unsere Grenzen und darüber hinaus bis in die Turnhallen unserer Republik. 300.000 Hoffende haben bereits in diesem Jahr den Weg über das Mittelmeer gewagt, 2.500 haben es dabei nicht bis an das rettende Ufer geschafft. Und trotzdem reißt der Strom nicht ab; ein Ende ist nicht in Sicht. Allein vor den Toren Europas - so schätzt man - sind derzeit bis zu 20 Millionen Menschen auf der Flucht.

In diesem Jahr werden in Deutschland mindestens 800.000 Anträge auf Asyl erwartet. Viermal mehr als im letzten Jahr und so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Während immer mehr Menschen vor den Kriegen im Nahen und Mittleren Osten fliehen, verlassen auch die Einwohner der Balkanstaaten aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise zu Tausenden ihre Heimat. Massenarbeitslosigkeit, Korruption, Perspektivlosigkeit, aber auch Diskriminierung treibt sie zur Flucht.

"Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", so heißt es in Artikel 16a, Absatz 1 unseres Grundgesetzes. Der Artikel ist Ergebnis unserer leidvollen Geschichte. Basierend auf den schrecklichen Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs übernehmen wir Verantwortung und gewähren Menschen Asyl, die in ihren Heimatländern aufgrund ihrer Hautfarbe, Religion oder ethnischen Zugehörigkeit verfolgt werden. Diesem Grundsatz, der zutiefst christlich ist, sind wir nicht nur vor dem Gesetz verpflichtet. Auch das, was man schlicht als Anstand bezeichnet, gebietet uns, die Menschen zu unterstützen. Doch es gibt sie, die traurigen Ausnahmen, die Parolen grölend durch die Straßen marschieren und ihrem blinden Hass auf Staat und Gesellschaft sowie ihre Wut und Enttäuschung über ihr eigenes Leben auf diejenigen projizieren, die vor dem Nichts stehen. Mit ihren Stiefeln treten sie ein ums andere Mal schmerzhaft auf unsere Werte und unsere Demokratie.

"Das Boot ist voll", lautet ihr Credo, das vor den Notunterkünften schallt. Und der sowieso schon knapp werdende städtische Wohnraum sowie die bis über die Belastungsgrenzen hinaus gefüllten Erstaufnahmestellen samt der Hilferufe von Kommunen und Helfern nach finanzieller und personeller Unterstützung liefern ihnen die benötigten Bilder.

Doch es ist die andere Geschichte, die wir zurzeit in Deutschland schreiben, die mir Hoffnung gibt, dass wir der Herausforderung politisch und gesellschaftlich gewachsen sind: Die immens große Aufnahme- und Hilfsbereitschaft vieler Mitbürger verteidigen wehrhaft unsere Werte. Weite Teile der Bevölkerung, Vereine, Initiativen, Netzwerke, Verbände, Unternehmen und nicht zuletzt die Kirchen helfen, unterstützen, packen mit an und zeigen sich solidarisch mit denjenigen, die zu uns kommen. Es geht ein Ruck durch unser Land, der die Willkommenskultur verspricht, die wir uns schon lange wünschen. Und noch etwas passiert: Die konstruktive Art und Weise, wie wir die Herausforderungen gesamtgesellschaftlich angehen, wird auch die politische Debatte in unserem Land nachhaltig verändern. Denn zwei Extreme, die sich bisher unvereinbar gegenüberstanden, werden aktuell Lügen gestraft:

Zum einen ist da die Botschaft der Rechten, die zusammenbricht, denn unser Boot ist noch nicht voll, es ist sogar verdammt leistungsstark. Zum anderen demaskiert sich eine andere Lebenslüge, nämlich die am anderen, am linken Rand. Die Grenzen bedingungslos zu öffnen sowie Schutz und Unterstützung für alle Menschen, die fliehen, zu fordern, ignoriert nicht nur die unterschiedlichen Beweggründe der Fliehenden, sondern ebenso die Grenzen einer gesellschaftlichen und organisatorischen Aufnahmefähigkeit. Und was gewichtiger ist: Weder würden Ursachen für Flucht und Vertreibung bekämpft noch Probleme in den Herkunftsländern beseitigt. Schlussendlich steht das romantische Idyll bedingungsloser Solidarität mit allen sogar kontraproduktiv denjenigen gegenüber, die auf unsere Hilfe angewiesen sind, weil sie verfolgt werden und drakonische Strafen oder sogar den Tod fürchten.

Und so brauchen wir Antworten. Pragmatische, unkonventionelle und schnelle Antworten, um kurzfristig unsere nationale Handlungsfähigkeit aufrecht zu halten und langfristige Antworten, um den Ursachen für Flucht entschlossen zu begegnen.

Die Länder Albanien, Montenegro und der Kosovo sind als sichere Herkunftsstaaten einzustufen.

Dies entspricht auch dem Wunsch der jeweiligen Regierungen. Die Asylanträge von Flüchtlingen aus den sicheren Herkunftsstaaten sind prioritär zu bearbeiten, um schnellstmög-

lich finanzielle und organisatorische Kapazitäten für die anderen Flüchtlinge zu schaffen. Ebenso müssen die Flüchtlinge bis zum Abschluss ihrer Asylverfahren in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben. Danach müssen Rückführung bei Ablehnung sowie die Verteilung auf die Kommune bei Anerkennung der Anträge unverzüglich erfolgen.

Die Integrationsversäumnisse der Vergangenheit dürfen sich nicht wiederholen. Kinder sind unverzüglich in Kindergärten und Schulen zu integrieren. Schon bei der Erstaufnahme müssen Schul- und Berufsabschluss sowie die letzte berufliche Tätigkeit statistisch erfasst werden. Im Ausland erworbene Qualifikationen sind beschleunigt zu prüfen und anzuerkennen. Die Vorrangprüfung für den Arbeitsmarktzugang ist abzuschaffen.

Bund, Länder und Kommunen müssen koordiniert bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen vorgehen. Krisenstäbe sind einzurichten, um die Kommunikation zwischen Ministerien und Behörden zu verbessern und durch Weisungs- sowie Zugriffsrechte beschleunigte Entscheidungen treffen zu können. Um den Bau von Unterkünften sowie die Beschaffung von dringend benötigten Gütern zu beschleunigen, ist das Vergaberecht zu flexibilisieren. Die Bundeswehr ist um Amtshilfe bei der Ausstattung der Unterkünfte sowie bei der medizinischen Versorgung der Flüchtlinge zu bitten.

Die Europäische Union muss sich zur Solidarität mit den Flüchtlingen, aber auch zur Solidarität unter den Mitgliedsstaaten bekennen. Deutschland und Schweden können zusammen nicht mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge aufnehmen. Die Lasten sind fair zu verteilen. Ebenso bedarf es einer gemeinsamen Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Durch eine umfassende Reform von Entwicklungspolitik sowie europäischer Agrarpolitik sind (land-) wirtschaftliche Strukturen in Afrika und auf dem Balkan zu stärken. Die Europäische Union muss sich ihrer außenpolitischen Verantwortung bewusst werden und einen größeren Beitrag - auch militärischer Natur - zur Stabilisierung der Unruheregionen leisten.

Paul Ziemiak (1985) wurde in Stettin in Polen geboren, in einem Land, in dem man damals nicht seine Meinung sagen durfte. Er war drei Jahre alt als seine Eltern 1988 die Koffer packten und ohne Geld nach Deutschland. Als er dann in den Kindergarten kam, konnte er kein Wort Deutsch. Er studierte später Unternehmenskommunikation und ist seit 2014 Bundesvorsitzender der Jungen Union Deutschlands. Er lebt in Iserlohn.

14. September 2015

Günter Buchstab

70 Jahre CDU

CDU und CSU zählen zu den erfolgreichsten Parteien in Europa. Mehr als jede andere Partei hat die Union die 66jährige Geschichte der Bundesrepublik Deutschland geprägt. In bisher 55 Jahren war die CDU/CSU-Fraktion die stärkste im Bundestag, und in bisher 46 Jahren stellte die CDU als führende Kraft die Kanzler: Konrad Adenauer (1949–1963), Ludwig Erhard (1963–1966), Kurt Georg Kiesinger (1966–1969), Helmut Kohl (1982–1998) und seit 2005 Angela Merkel.

Dieser Erfolg war der 1945 neu entstandenen Partei nicht in die Wiege gelegt. Ihre Gründung in bewußter Abkehr vom traditionellen deutschen Parteiensystem war ein Wagnis. Aus dessen Zersplitterung, die als mitverantwortlich für das Ende der Weimarer Republik galt, zogen die Gründer, die zu einem großen Teil aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus kamen, die Konsequenz und riefen zur Sammlung all jener Kräfte auf, die „nicht in den Programmen der KPD und SPD ihre politische Heimat finden“ (Berliner Gründungsaufruf vom 26. Juni 1945) und die bereit waren, „alte Bahnen und Denkweisen zu verlassen“ (Kölner Leitsätze vom 17. Juni 1945).

Daß diese Sammlung nur in einer neuartigen Volkspartei der Mitte zu verwirklichen war, die sich überkonfessionell den ethischen Grundsätzen des Christentum verpflichtete, stand für die Gründer außer Frage, und so haben sie ihre Konzeption als bewußtes Signal für die entscheidende Innovation in der deutschen Parteiengeschichte und den demokratischen Neubeginn verstanden. Es ist heute vielfach in Vergessenheit geraten, welch tiefen Einschnitt die Entstehung von CDU und CSU nicht nur in der deutschen Parteiengeschichte bedeutet: Vom christlich-konfessionellen Parteityp, der sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt hatte, unterschied sie sich in programmatischen Inhalten, in Organisation, in der Rekrutierung der Wähler und im Mitglieder Stamm. Mit ihrem politischen Gestaltungswillen, der divergierende politische und gesellschaftliche Strömungen – den politischen Katholizismus, christliche Gewerkschaften, den deutsch-nationalen protestantischen Konservatismus, Teile des liberalen Bürgertums – in die politische Mitte zwischen Rechtskonservatismus auf der einen und Sozialdemokratie und Kommunismus auf der anderen Seite integrierte, faßte sie in allen Ländern schnell Fuß. Doch erst mit der Gründung der Bundespartei 1950 fanden sich die vielen einzelnen regional sehr unterschiedlichen und sehr föderal orientierten Gruppierungen zu einer Partei zusammen. Zu

diesem Zeitpunkt hatte die CDU in den östlichen Ländern – von Anfang an in den kommunistischen „Einheitsblock“ gezwungen – längst ihre Eigenständigkeit verloren.

Epochale Weichenstellungen sind auf immer mit der Politik der Union verbunden. In der Außenpolitik waren dies die Beendigung des Besatzungsregimes und die Erringung der staatlichen Souveränität, die enge Bindung an die westlichen Demokratien, die Aussöhnung mit Frankreich (Vertrag von 1963) und die europäische Einigung, das Offen- und Festhalten der deutschen Frage und die Wiederherstellung der deutschen Einheit (1990), nicht zuletzt die besonderen Beziehungen mit Israel. In der Innenpolitik zählen dazu die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge (Lastenausgleich), die Gesetzgebung zur Mitbestimmung in der Montanindustrie, das Betriebsverfassungsgesetz, der soziale Wohnungsbau, das Kindergeld, der Grüne Plan für die Landwirtschaft, die Dynamisierung der Rente, die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, Familien- und Erziehungsgeld, die Einführung der Pflegeversicherung, um nur einige der Ankerpunkte des sozialen Netzes zu benennen.

Der Erfolg beruhte weniger auf einer ins einzelne gehenden Programmatik – die Union war Programm, ehe sie sich ein Programm gab (Bruno Heck) – als vielmehr auf wenigen zentralen Leit- und Wertvorstellungen: Dazu zählte das christliche Menschenbild mit seiner Auffassung von der Würde und den unveräußerlichen Rechten des Individuums. Dazu zählte die Verdammung totalitärer Ideologien, des Nationalsozialismus wie des Kommunismus, und die Abkehr von Nationalismus und Zentralismus. Dazu zählte in wirtschafts- und sozialpolitischer Hinsicht zunächst die Leitvorstellung eines Mittelwegs zwischen liberalem Individualismus und „christlichem Sozialismus“, der markt- und planwirtschaftliche Elemente in sich vereinte. 1948 wurde daraus die „Soziale Marktwirtschaft“, das Ordnungssystem, in der „das Prinzip der Freiheit auf dem Markte mit dem des sozialen Ausgleichs“ (Alfred Müller-Armack, Ludwig Erhard) miteinander verknüpft ist.

Von Anfang an verstand sich die CDU als „Die Brücke in eine neue Zeit“ – so auf einem Wahlplakat aus dem Jahr 1947. Bei diesem Selbstverständnis, unterschiedlichste Wählergruppen und Positionen zu vereinen und sich für neue gesellschaftliche und politische Entwicklungen zu öffnen, ist es geblieben. Bis heute bieten ihre Fundamente, das christliche Menschenbild, das Ordnungsprinzip der Sozialen Marktwirtschaft und das Ja zu Europa, den Raum, alten Gewissheiten zu entsagen und ihre Politik pragmatisch auszurichten. Es macht gerade die Stärke der CDU aus, dass sie sich nicht auf ihren traditionellen Positionen ausruht, sondern das breite bürgerliche Lager in einer säkularen Art und Weise anzusprechen vermocht hat. Nur einmal – Ende der 1960er

Jahre – versäumte sie, mit der Folge des Machtverlusts, die „alten Bahnen und Denkweisen zu verlassen“ und sich rechtzeitig auf die Veränderungen in Politik und Gesellschaft einzustellen.

Dass eine Volkspartei kein enges Profil haben kann, versteht sich von selbst. Pragmatismus, Machterhalt und politischer Gestaltungswille stehen im Vordergrund. Von Adenauer über Kohl bis Merkel hat die CDU diesen Gestaltungswillen bewiesen. Mit der inhaltlichen Erneuerung, wie Abschaffung der Wehrpflicht und Atomausstieg, hat Angela Merkel ohne große Diskussion Positionen verschoben, die der CDU lange heilig waren, so dass ihr originärer programmatischer Kern kaum mehr sichtbar ist. Dies wird der Partei noch zu schaffen machen. Die schlechten Wahlergebnisse in den Ländern und Kommunen sollten ihr zu denken geben.

Dr. Günter Buchstab (1944) war bis März 2009 Hauptabteilungsleiter Wissenschaftliche Dienste/Archiv für Christlich-Demokratische Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

21. September 2015

Alois Glück

Die Flüchtlingsfrage zwischen Willkommenskultur und Kapazitätsgrenzen

Die Flüchtlingsthematik ist jetzt und sicher für eine längere Zeit eine dominierende Herausforderung für die deutsche und europäische Politik. Wir können aus dieser Wirklichkeit nicht flüchten, sondern haben nur die Alternative diesen Wandel zu gestalten oder ihn mit Abwehrhaltung zu erleiden.

Die dringlichste Aufgabe bleibt natürlich weiter die Versorgung der Ankömmlinge und ihre Unterbringung. Wir stoßen dabei nicht an den Grenzen des Willens zu einer guten Willkommenskultur, sondern an die Grenzen der logistischen Kapazitäten, die ja nicht mit der Erstaufnahme bewältigt sind.

Die Entscheidung, angesichts der humanitären Katastrophe an der Grenze die Flüchtlinge nach Österreich und Deutschland zu lassen, hatte sicher ihre Probleme und es war deshalb auch die Entscheidung zu den Grenzkontrollen wichtig. Gleichzeitig hat aber auch dieser große Zustrom und die damit geweckte Hilfsbereitschaft Deutschland ein humanes Kapital für seine internationalen Aufgaben gegeben, das ungeheuer wichtig und auch eine Chance ist.

Diese humane Botschaft hat das Bild Deutschlands grundlegend korrigiert, das im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den finanzpolitischen Kurs in der Europäischen Union häufig als ein mit Kälte durchgesetzter durchgesetzter Machtanspruch dargestellt wurde. Auch dies gilt es im Hinblick auf diese umstrittene Entscheidung zu sehen.

Die Aufnahme und die Unterbringung der Flüchtlinge, die in großer Zahl zu uns kommen, ist nach wie vor eine große Herausforderung. Diese Aufgabe wird uns weiter gestellt bleiben, im Ehrenamt, in den hauptamtlichen Engagements und für die Politik. Unsere Kirchen und unendlich viele Menschen aus unseren Gemeinschaften leisten dabei Großartiges.

Dabei sollten wir nie aus dem Auge verlieren, dass dies ebenso viele Menschen leisten, die keine religiöse oder jedenfalls keine kirchliche Bindung haben oder in kirchlichen Strukturen arbeiten. Wir stellen keinen Exklusivanspruch, aber wir haben als Christen aus unserem Glauben heraus natürlich eine besondere Verpflichtung.: „Was ihr dem geringsten meiner Brüder getan habt, habt ihr mir getan.“

Als Kirche und insbesondere als engagierte Laien in unserer Kirche und in Gesellschaft und Politik sind wir jetzt aber auch besonders gefordert bei den Themen, die nun über diese erste Phase hinaus von großer Bedeutung sind, die die Diskussionen und auch Auseinandersetzungen der nächsten Wochen, Monate und wahrscheinlich Jahre prägen werden:

Wir müssen uns entsprechend Art. 1 unseres Grundgesetzes als für alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes verpflichtenden Maßstab, dafür zu engagieren, dass die Würde des Menschen der Maßstab für den Umgang mit den Menschen ist. Im Alltag ist dies der Respekt vor dem Anderen. Dies ist in der Umsetzungsarbeit zu leisten und dies gilt als Maßstab der notwendigen und eindeutigen Auseinandersetzung gegenüber all den gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen, die diesen Maßstab verletzen. Dabei ist immer zu bedenken: Die Radikalität

beginnt mit den Worten und dies ist der Nährboden dann für entsprechendes aggressives Verhalten. Also: Wehret den Anfängen. Die verbale Gewalt ist die Vorbereitung zur Gewaltanwendung!

Uns steht eine außerordentlich schwierige Debatte über die Möglichkeiten der Steuerung und der Begrenzung der Zuwanderung ins Haus. Was sind die Maßstäbe dafür? Was ist rechtlich und politisch möglich und notwendig? Wo ist die Grenze?

Was ist notwendig, damit Integration gelingt? Das ist das große Thema für wichtige Klärungsprozesse im gesellschaftlichen und politischen Diskurs und für die Entwicklung der notwendigen Maßnahmen. Klar muss sein: Für alle, die zu uns kommen und die in unserem Land leben wollen, gelten die Maßstäbe unseres Grundgesetzes. Die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, die Trennung von Staat und Religion. Hier brauchen wir aber mehr als den Verweis auf Recht und Gesetz. Wir brauchen in diesem Sinne eine „Leitkultur“.

Dies bedingt, dass wir unsere eigenen Werte, unsere eigene Kultur schätzen, uns damit identifizieren, auch in der Vielfalt der Möglichkeiten und der individuellen Situationen von Menschen. In diesem Sinne ist Deutschland in seinen unterschiedlichen kulturellen Ausprägungen in den einzelnen Regionen ja auch „bunt“. Wenn wir selbst verkörpern, was wir wollen und dafür aktiv eintreten, brauchen wir vor einem Druck oder gar einer „Überfremdung“ durch die Zuwanderer aus anderen Religionen und Kulturen keine Angst zu haben!

In diesem Feld der Wertediskussion, der klaren Orientierungen für uns selbst und für die Zuwanderer entscheidet sich die weitere Entwicklung! Das ist für die Zukunft unseres Landes der Schlüssel, der entscheidende Bereich. Hier wird sich zeigen müssen, welche kulturprägende Kraft die christliche Religion in dieser Situation entwickelt.

Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen und zugleich sehen, dass diese sehr unterschiedlich sind. Dies gilt für die inneren Entwicklungen in den betroffenen Ländern und in besonderer Weise dort, wo die Fluchtursache bei kriegerischen Auseinandersetzungen liegt. Die größte Herausforderung ist die weitere Entwicklung in Afrika. Afrika ist das Schicksal Europas, hat Horst Köhler schon als Bundespräsident formuliert. Im Hinblick auf die innere Entwicklung der Länder haben wir in unserer Kirche mit den verschiedenen Hilfswerken eine besondere Kompetenz und es gilt, diese einzubringen.

Der starke Strom von Flüchtlingen zeigt überdeutlich die Schwächen der Europäischen Union und stellt ihre Zukunft in dramatischer Weise in Frage. Der aktuelle politische Handlungsdruck ist die Frage der Solidarität bei der Aufnahme. Ebenso wird sich Europa mehr in den verschiedenen Konfliktregionen engagieren müssen. Auch dort, wo es besonders schwierig wird, bei kriegerischen Auseinandersetzungen. Das besonders unbequeme für uns in Deutschland ist, dass Deutschland eine Führungsrolle in Europa und für Europa zugewachsen ist und wir dieser Verantwortung gerecht werden müssen.

Für den gesellschaftlichen und politischen Diskurs ist es von grundlegender Bedeutung, dass wir die so total veränderte Situation für unser Land im Prozess der Globalisierung verständlich machen. Sonst werden die Illusionen einer Abschottung von den Krisen dieser Welt propagiert. Die Situation verlangt Führung! Die Bringschuld der Führungsverantwortlichen in der Politik und in den gesellschaftlichen Gruppierungen ist, verständlich zu machen, dass wir hier in den verschiedensten Formen Verantwortung übernehmen müssen - im Hinblick auf die Flüchtlinge, auf das Engagement in den Kriegsgebieten und auf Aufbauleistungen in den Herkunftsländern.

Die Krisen zeigen dramatisch, welche Bedeutung intakte Staatsstrukturen, welche Bedeutung rechtsstaatliche Entwicklungen für die Entwicklung der Länder und für die Situation der Menschen haben. Die Entwicklung zeigt auch, welche Bedeutung handlungsfähige Staatsorgane haben.

Sie zeigt, wie sehr die Entwicklung der Länder und die Lebensbedingungen der Menschen davon abhängen. Die Menschen wollen vor allem auch deshalb zu uns, weil wir hier die sicheren Lebensbedingungen eines Rechtsstaates haben. Das sollte uns zu einer neuen Wertschätzung in der Bedeutung staatlichen Handelns, des Rechts, der funktionsfähigen und handlungsfähigen Organe im Rahmen der Demokratie und des Rechtsstaates führen.

Gerade auch, weil im kirchlichen Raum darüber mehr mäkkelnd und unzufrieden geredet wird und nicht mit der notwendigen Wertschätzung, ist es auch unsere besondere Aufgabe, diese Erfahrung durch den Vergleich wiederzugeben. Vor allem ist dies aber auch ein Grund zu einem entsprechenden gesellschaftspolitischen und konkreten politischen Engagement! Unser Land braucht engagierte Christen!

Alois Glück (1940) ist Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Von 1970 – 2008 war er Mitglied des Bayerischen Landtags und dort 1988-2003 Vorsitzender der CSU-Fraktion und 2003 – 2008 Präsident des Landtages. Er ist Mitherausgeber von kreuz-und-quer.de

22. September 2015

Michael Mertes

Selbstkritik vs. Selbstmitleid

Gedanken zu Jom Kippur 2015

In diesem Jahr fällt Jom Kippur („Tag der Sühne“, in Deutschland zumeist als „Versöhnungstag“ bezeichnet), auf den 23. September. Jom Kippur ist der höchste jüdische Feiertag. Mit ihm enden die „Zehn Tage der Umkehr“, eine Zeit der Besinnung und Gewissenserforschung, die mit dem jüdischen Neujahrsfest Rosch ha-Schanah („Haupt des Jahres“, in diesem Jahr gefeiert am 14. September) beginnt.

An die „Zehn Tage der Umkehr“ denke ich gern zurück. Ich durfte sie während meines beruflichen Aufenthalts in Jerusalem 2011-2014 dreimal miterleben. Alle israelischen Medien – ob religiös oder säkular – waren in dieser Zeit voll von nachdenklichen Kommentaren, die eine kritische Bilanz des vergangenen Jahres zogen und die Notwendigkeit von Kurskorrekturen für die Zukunft erörterten. Das sonst so hektische Leben schien ruhiger zu werden. Man bemühte sich, mit seinen Mitmenschen ins Reine zu kommen, Fehler des vergangenen Jahres zu korrigieren und unerledigte Verpflichtungen abzutragen.

Am Versöhnungstag schließlich geht es um die Tilgung der gegen Gott begangenen Sünden. Der Autoverkehr kommt fast vollständig zum Erliegen. Die Polizei trägt ihren Teil dazu bei, indem sie am Vorabend wichtige Straßen durch Sperrgitter blockiert. Das Nebeneinander der Welten in Jerusalem – hier Juden, dort Muslime und Christen – lässt sich gut studieren, wenn man an Jom Kippur mitten auf der Fahrbahn durch das in absoluter Stille verharrende West-Jerusalem spaziert und dann in den Ostteil der Stadt kommt, wo geschäftiges Alltagstreiben herrscht.

Ich kann mir jetzt gut vorstellen, wie unvorbereitet es die Menschen in Israel traf, als Ägypten und Syrien an Jom Kippur 1973 (6. Oktober) ihren Überraschungsangriff starteten. Der „Jom-Kippur-Krieg“ weckt in Israel heute noch traumatische Erinnerungen. Er brachte das Land ernsthaft in Bedrängnis, forderte tausende von Toten und Verwundeten und erschütterte nachhaltig den Glauben an die Unbesiegbarkeit der israelischen Streitkräfte.

Christlichen Ohren klingen Worte wie „Umkehr“ und „Versöhnung“ sehr vertraut. Jom Kippur steht für den Gedanken des Neuanfangs – bildlich gesprochen: für den Neustart nach Betätigen des Reset-Knopfes. Er steht für eine fundamentale Einsicht, die zur DNA der westlichen Zivilisation gehört: Wir sind – als Individuen wie als Kollektive – nicht Spielball anonymer Schicksalsmächte, sondern verantwortlich für unser Tun und Lassen. „Du hast immer die Wahl“, hörte ich einmal von einem Rabbiner. Für den Zustand der Welt, in der wir leben, tragen wir „Verantwortung vor Gott und den Menschen“, wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt.

Was wie eine moralische Platitüde klingt, versteht sich keineswegs von allein. Selbstkritik kostet Überwindung. Von Friedrich Nietzsche stammt eine treffende Charakterisierung der menschlich-allzumenschlichen Neigung zum individuellen und kollektiven Selbstbetrug: „Das habe ich getan“, sagt mein Gedächtnis. ‚Das kann ich nicht getan haben‘, sagt mein Stolz und bleibt unerbittlich. Endlich – gibt das Gedächtnis nach.“

Der Zwilling des Selbstbetrugs ist das Selbstmitleid. Wenn mein Stolz mir verbietet, Verantwortung für Missstände im persönlichen und gesellschaftlichen Umfeld zu akzeptieren, dann kann ich mich mit dem Gedanken trösten, Opfer einer externen Verschwörung zu sein. Diese Denkweise ist in der arabisch-muslimischen Welt weit verbreitet: An allem sind die „Ungläubigen“, vor allem natürlich

die amerikanischen Imperialisten und die Zionisten schuld. Besonders instruktiv ist hier die Charta der Hamas von 1988. Dort werden wir in Artikel 22 belehrt, dass die zionistische Weltverschwörung in allen Erdteilen Geheimbünde wie Freimauer, Rotary-Clubs und Lions-Clubs geschaffen habe, um ihre Ziele subversiv durchsetzen zu können. Die Zionisten, so lesen wir weiter, steckten sowohl hinter dem Ersten als auch dem Zweiten Weltkrieg. Mehr noch: „Es gibt keinen Krieg, wo auch immer er stattfindet, in dem sie nicht ihre Finger im Spiel haben.“

Der „Arabische Frühling“ von 2011 mag zwar in vielfältigen Desastern geendet sein. Er hat aber den Keim eines Bewusstseinswandels gepflanzt. Es gibt kein Zurück mehr hinter die Erkenntnis, dass zentrale Probleme der arabisch-muslimischen Länder (wie sie in den Arab Human Development Reports der Vereinten Nationen seit 2002 schonungslos dargestellt wurden) hausgemacht sind; sie lassen sich nicht einfach durch Hinweise auf die Schuld anderer exkulpieren.

Gleichwohl ist es noch ein weiter Weg, bis sich in der arabisch-muslimischen Welt eine politische Kultur herausgebildet hat, die ohne Verschwörungstheorien auskommt. Im Herbst 2014 erhielt ich von arabischen Facebook-Freunden die „Information“, der Führer des IS und selbsternannte Kalif Abu Bakr al-Baghdadi sei in Wahrheit Jude; er sei vom Mossad, dem israelischen Auslandsgeheimdienst, ausgebildet worden. Das könnte man noch als den üblichen Müll abtun, er durch soziale Netzwerke kursiert. Aber was ist davon zu halten, wenn Ahmad al-Tayyib, Groß-Imam der Al-Azhar-Universität und einer der angesehensten Kleriker Ägyptens, allen Ernstes den IS und andere Terrororganisationen als koloniale Schöpfung im Dienst des neuen Weltzionismus bezeichnet?

Al-Tayyib ist zwar auch mit der Forderung hervorgetreten, die „Fehlinterpretation“ von Quellen des Islam, wie sie zum Beispiel der IS vertrete, durch eine bessere Bildungsarbeit zu bekämpfen. Doch für den Zusammenbruch des Nahen Ostens macht er Zionismus und Neokolonialismus verantwortlich. Wenn geistliche Autoritäten, die als moderate Hoffnungsträger gelten, nicht mehr zu bieten haben als haltlose Schuldzuweisungen, ist es um die Reformfähigkeit ihrer Gesellschaften schlecht bestellt.

Die Kultur der Selbstkritik wird im Westen weniger durch Selbstmitleid gefährdet (obwohl auch dort die wildesten Verschwörungstheorien grassieren) als durch Selbstgefälligkeit. In Israel neigt vor allem die radikale nationalreligiöse Rechte dazu, Selbstkritik als „Verrat“ abzustempeln. In seinem großartigen neuen Roman „Judas“ setzt sich Amos Oz mit der Frage auseinander, ob es nicht manchmal die „Verräter“ sind, die ihren Clan, ihre Gruppe, ihr Land mehr lieben als diejenigen, die sich uneingeschränkter Loyalität rühmen.

Wie auch immer – Jom Kippur bietet auch Nichtjuden Anlass zu selbstkritischer Reflexion.

Michael Mertes leitete von 2011 bis 2014 das Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung in Jerusalem. Zusammen mit seiner Ehefrau Barbara veröffentlichte er im Frühjahr 2015 das Buch „Am Nabel der Welt. Jerusalem – Begegnungen in einer gespaltenen Stadt“ (Bonifatius Verlag, Paderborn)

28. September 2015

Johannes Ludewig

25 Jahre Deutsche Einheit

Wenn man den Weg zur deutschen Einheit überblickt, steht ganz am Anfang die friedliche Revolution, die die Bürger in der DDR mit großem Mut und hohem persönlichen Risiko zum Erfolg geführt haben. Mit ihrem friedlichen Kampf gegen die SED-Diktatur und dem Fall der Mauer am 9. November haben Bürger und Bürgerrechtler der DDR in bewundernswerter Weise deutsche Geschichte geschrieben. Alles andere, was dann folgte, wurde dadurch erst möglich.

Diese Möglichkeiten hat Helmut Kohl aufgegriffen und politisch gestaltet. Sein 10-Punkte-Plan vom 28. November gab noch eher vorsichtige Orientierungen. Aber schon das Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und DDR-Ministerpräsident Modrow drei Wochen später in Dresden mit dem unerwarteten Zusammenströmen Zehntausender DDR-Bürger, dem schwarz-rot-goldene Fahnenmeer und den nicht enden wollenden Helmut-Rufen bei Kohls abendlicher Rede vor der Ruine der Frauenkirche – all das vermittelte das Gefühl, dass die politische Neugestaltung in Deutschland viel schneller gehen könnte als bis dahin gedacht.

Und so kam es denn auch. Die seit Ende 1989 stetig wachsende Zahl der Übersiedler von Ost nach West sowie die Präsenz von 370.000 sowjetischen Soldaten in der DDR, die bisher in den Kasernen geblieben waren, verstärkten den Druck, das unverhofft geöffnete Zeitfenster zu nutzen. Es kam jetzt darauf an, den Menschen in der DDR überzeugende Zukunftsperspektiven zu eröffnen und gleichzeitig irreversible Fakten zu schaffen, von denen es keinen Weg mehr zurück zu Mauer und Stacheldraht geben konnte.

Dieser Weg führte dann in atemberaubendem Tempo über das Angebot zu Verhandlungen über eine deutsch-deutsche Währungsunion Anfang Februar 1990, die Zustimmung Gorbatschows am 10. Februar in Moskau zur Überwindung der deutschen Teilung und zur Lösung der damit verbundenen Fragen durch die Deutschen selbst, die freie Volkskammerwahl am 18. März, die Verhandlungen über eine Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, deren Abschluss am 18. Mai sowie ihr Inkrafttreten am 1. Juli, die Zustimmung der Sowjet-Union Mitte Juli zur vollen Souveränität eines vereinten Deutschlands, die Unterzeichnung des Einigungsvertrags am 31. August sowie den erfolgreichen Abschluss der Zwei-plus-vier-Gespräche zur Regelung der außenpolitischen Fragen am 12. September – also in weniger als 11 Monaten nach dem Fall der Mauer – zur Wiederherstellung der Deutschen Einheit am 3. Oktober 1990.

Diese beispiellose Dynamik des Einigungsprozesses hatte zweifellos etwas zu tun mit der damals schwierigen Wirtschafts- und Finanzlage in der Sowjet-Union wie auch in der DDR. Entscheidend aber war, dass Helmut Kohl die mit dem Fall der Mauer über Nacht entstandene neue Situation richtig einschätzte, die daraus sich für Deutschland ergebenden Chancen erkannte und entschlossen nutzte – innenpolitisch ebenso wie im Verhältnis zu den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs. Er war Regisseur und Gestalter der Wiedervereinigung. Viele andere – allen voran Lothar de Maizière, Günther Krause, Richard Schröder und Wolfgang Schäuble – haben ihrerseits wichtige Beiträge zu diesem Einigungswerk geleistet, ohne die das Ziel nicht zu erreichen gewesen wäre. Die wirtschaftliche Realität der Wiedervereinigung hatte mit dem Inkrafttreten der Währungsunion schon Mitte des Jahres begonnen. Viele Milliarden waren notwendig, um Unternehmen und Betrieben die überlebensnotwendige Liquidität zu sichern - und um ‚Zeit zu kaufen‘ für Umstrukturierung und Investitionen, für konkurrenzfähige Produktivität und wettbewerbsfähige Angebote. Die Bundesregierung reagierte darauf mit einer Strategie, die Detlev Rohwedder so zusammenfasste: „Schnelle Privatisierung – entschlossene Sanierung – behutsame Stilllegung.“ Auf keinen Fall sollte der Fehler des Ruhrgebiets - Dauersubventionen für nicht lebensfähige Wirtschaftsstrukturen – wiederholt werden. Im Gegenteil. Schrittweiser Aufbau einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft und Industrie, die sich am deutschen und internationalen Markt behaupten kann.

Dieser tiefgreifende Umbau der ostdeutschen Wirtschaft war eine gigantische Herausforderung – in seinen finanziellen Milliarden-Dimensionen und in seinen Auswirkungen auf die betroffenen Menschen. In nur drei Jahren ging die Hälfte aller Arbeitsplätze in der Industrie verloren. Mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, vorzeitiger Rente, Umschulung und vielen anderen sozialen Hilfen in bisher nicht gekannten Größenordnungen wurde versucht, diesen gewaltigen Ein- und Umbruch für die Betroffenen ertragbar zu machen. Wirtschaftspolitisch gab es keine Alternative zu diesem Weg zu neuen Kunden und zu neuen Produkten, zu durchgreifender Modernisierung oder auch zur Stilllegung dort, wo keine

Zukunftschancen erkennbar waren. Der sog. ‚Schürer-Bericht‘ vom 31. Oktober 1989 – ein internes Gutachten des SED-Spitzenfunktionärs Gerhard Schürer an das Zentralkomitee der SED – hatte schonungslos offengelegt, dass die DDR wirtschaftlich und finanziell nicht mehr aus eigener Kraft handeln konnte, d.h. am Ende war. Die alte Ostblockwelt hatte aufgehört zu existieren, ihre Märkte und Technikstandards waren unwiderruflich weggebrochen. Eine Erneuerung von Grund auf war der einzige Weg nach vorn – ein Weg, der das Risiko von Irrtümern und Fehlern mit einschloss. Dass dieser Weg beschritten werden konnte, ist auch dem kaum zu erwartenden Mit-Tun der Betriebsräte der ostdeutschen Industriebetriebe zu verdanken. Die Würdigung ihres einzigartigen Beitrags zum Aufbau Ost steht noch aus!

Und was ist daraus geworden? Gibt es sie, die ‚blühenden Landschaften‘, von denen Helmut Kohl 1990 gesprochen hat? Kein Zweifel, wenn man sich an die deprimierende Wirklichkeit des real existierenden Sozialismus von 1990 erinnert und sich vor Augen hält, was in den folgenden zehn, zwanzig und fünfundzwanzig Jahren zwischen Elbe, Oder und Eichsfeld um-, auf- und neugebaut wurde, dann beantwortet sich diese Frage von selbst. Dass diese Vision des Aufbaus Ost von manchen als Kurzfristprognose missverstanden worden ist und bei zu vielen nicht realisierbare Erwartungen geweckt hat, gehört auch zu den Erfahrungen des Neubeginns in Ostdeutschland.

Und noch etwas: Die Lebenserwartung der Menschen zwischen Ostsee und Erzgebirge hat in den ersten zehn Jahren nach der Wiedervereinigung um vier Jahre zugenommen – eine einzigartige Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse in der gesamten westlichen Welt! Und eine Umfrage im Herbst 2014 stellte zum wiederholten Mal die Frage, ob die Wiedervereinigung eher ein Anlass zur Sorge oder zur Freude sei. Das Ergebnis: Noch nie, selbst zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung, waren die Antworten in West- und Ostdeutschland so zuversichtlich, noch nie hat die Freude (72 bzw. 67%) die Sorgen (5 bzw. 8%) so weit hinter sich gelassen wie jetzt, 25 Jahre nach unserem historischen Neubeginn. Können wir uns selbst ein schöneres Geschenk zu diesem Geburtstag machen?

Johannes Ludewig (1945) hat Wirtschaftswissenschaften in Hamburg, Stanford/California und Paris (ENA) studiert. Aus dem Bundeswirtschaftsministerium wechselte er 1982 Bundeskanzleramt und wurde dort 1991 Leiter der Abteilung ‚Wirtschaft, Finanzen und Koordinierung neue Länder‘ und 1995 Staatssekretär und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Länder im Bundeswirtschaftsministerium. 1997 wurde er Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bahn, danach Generaldirektor der Europäischen Eisenbahnen in Brüssel. Seit 2006 ist Ludewig Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrats.

30. September 2015

Werner Böhler

Keine Willkommenskultur: Die Flüchtlingsfrage in Tschechien

Bei kaum einem Thema sind sich die Bürger Tschechiens, Politiker und Parteien so einig wie bei der Ablehnung von Flüchtlingen. Nach der Umfrage der Agentur Focus Anfang September sehen 87% der Bürger in der Immigrationswelle ein großes Problem für Tschechien, 78% sind für die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, 94% wollen die Flüchtlinge zurückschicken und nur 61% befürworten Hilfestellung in den Herkunftsländern, während 32% jede Hilfe ablehnen. „Niemand hat sie eingeladen“ vernimmt man von Staatspräsident Milos Zeman. Sein Vorgänger Vaclav Klaus verlangt ein Referendum, falls internationale Verpflichtungen oder Rechtsnormen geändert werden sollten. 70.000 Tschechen unterzeichneten in den letzten drei Wochen seine Petition.

Durch die EU-Kommission verordnete Pflichtquoten stoßen auf breiter Front auf heftigen Widerstand. Die zuvor wegen der Sanktionen gegen die russische Okkupation der Krim gesplante Gruppe der vier Visegrad Staaten war in der strikten Ablehnung einer verpflichtenden Quotenregelung plötzlich wieder geeint. „Das ist für uns inakzeptabel“ stellt der tschechische Innenminister Milan Chovanec fest und wird darin von der Führungsspitze der sozialdemokratischen CSSD und der Bewegung ANO ebenso unterstützt wie von der rechtskonservativen Bürgerpartei ODS, der rechtsextremistischen Usvit und den Kommunisten. Zwar lehnen die beiden EVP Mitgliedsparteien TOP 09 und KDU-CSL Zwangsquoten ebenso ab, mahnen aber die christlich-humanistische Verantwortung und Solidarität an. Der Vorsitzende der Christdemokraten wandte sich in einem Brief an die Mitglieder; die Homepage der Partei gibt differenziert Auskunft über die Flüchtlingsfrage. 3000 Wissenschaftler unterzeichneten einen Appell „Gegen die Angst und Gleichgültigkeit“, der die xenophoben und extremistischen Tendenzen in der tschechischen Gesellschaft kritisiert, die Öffentlichkeit und die Medien zu kritischem Denken und die Politik zum Handeln auffordert. Auf dem Wenzelsplatz demonstrierten etwa 250 Menschen in diesem Sinne. Am Prager Hauptbahnhof fanden sich einige junge Freiwillige ein, die ankommenden Flüchtlingen helfen wollten.

Aber es kommen –wenn überhaupt- nur vereinzelt Flüchtlinge an! Als ehemaliges Ostblockland kann die tschechische Gesellschaft als weitgehend homogen bezeichnet werden. Lediglich 4% des 10 Millionen Volkes sind Ausländer, dreiviertel davon kommen aus der Slowakei, der Ukraine und Deutschland. Nur die in kommunistischen Zeiten zugewanderten Vietnamesen stellen mit etwa 0,6% eine nennenswerte Minderheit dar, die als Betreiber kleiner Lebensmittel- und Gemüseläden akzeptiert ist. Die Roma als einzige ethnische Minderheit, etwa 250.000 sollen in Tschechien leben, fühlen sich sozial diskriminiert und bildungsmäßig benachteiligt.

Trotzdem ist in der Bevölkerung eine fast hysterische Angst vor Überfremdung weit verbreitet, die leider in den Medien und von vielen Politikern des Landes zusätzlich geschürt wird. Es leben nur 10.000 Muslime in Tschechien. Es gibt jedoch eine Bürgerinitiative „Wir wollen den Islam in Tschechien nicht“, die 80.000 Unterstützer zählt. Staatspräsident Zeman wird nicht müde darin, die Zuwanderung von Muslimen als unerwünscht zu erklären, die er für nicht integrierbar hält. Sein Vorgänger im Amt lehnt in seiner Petition die künstliche Mischung von Nationen, Kulturen und verschiedenen Religionen als Bedrohung ab.

Eine mögliche Erklärung für die verbreiteten Ängste in der Bevölkerung bietet Außenminister Lubomir Zaoralek an: „Wir hinter dem Eisernen Vorhang waren 40 Jahre nicht daran gewöhnt, mit Ausländern zusammenzuleben. Daran gewöhnen sich die Tschechen heute nur sehr schwer.“ Allerdings macht es sich die Politik damit sehr einfach! Nur vereinzelt sind von christdemokratisch geprägten Politikern wie Karel Schwarzenberg oder Pavel Belobradek Stimmen zu vernehmen, die differenzieren, die christlich-humanistische Verantwortung hervorheben und zu solidarischem Handeln mit Europa auffordern. Ansonsten ist praktisch einhellig die Position zu vernehmen: Keine (Zwangs)Quoten, keine Muslime, wenn Flüchtlinge, dann nur eine begrenzte Zahl auf freiwilliger Basis und Christen. Die Verantwortung wird der EU (kein Konzept) und insbesondere Deutschland angelastet (attraktives Sozialsystem, Öffnung der Grenzen), aber auch Österreich, weniger Frankreich. Medienkommentare bemühen die „Diktatur der Willkommenskultur“ und die „Deutsche Diktatur des Guten“ und die Boulevard-Zeitung Blesk sieht Tschechien mit Verweis auf die Jahreszahlen 1938 und 1968 erneut einem diktatorischen Zwang von außen, diesmal aus Brüssel, ausgesetzt. Immerhin gibt es auch andere Stimmen wie bspw. novinky.cz, die feststellt: „Immer wenn es für die Tschechen eng wird, kommt der alte Instinkt, dass immer die anderen Schuld sind.“

Es gibt wohl selbst in der Bildungsschicht im Land eine Mehrheit, die Gefahren in der großen Zahl der Flüchtlinge nicht nur für Tschechien, sondern auch für Europa insgesamt sieht. Diese beansprucht für sich die Sachlage rational zu bewerten und sieht in den bisherigen Maßnahmen aus Brüssel keine tragfähige Lösung. Sie befürworten die Verbesserung der Flüchtlingscamps in der Türkei, dem Libanon und Jordanien und sehen nur in einem einheitlichen Asylrecht, der strikten Kontrolle der Außengrenzen und einer konsequenten Rückführungspolitik eine Lösung als Antwort auf diese kaum mehr zu bewältigenden Herausforderungen für die EU. Die akute Situation der Flüchtlinge löst das nicht.

Wo aber bleibt die Politik mit einer differenzierten Bewertung, die auch der Bevölkerung Orientierung gibt? Politische Bildung ist in Tschechien, wie in den meisten Ost-Mitteleuropäischen Ländern bislang kaum vorhanden. Folglich gibt es keine seriöse und differenzierende Auseinandersetzung mit dem Thema Flüchtlinge, Asyl oder einen Dialog über andere Religionen, den Islam. Die Angst in der Bevölkerung hat ihren Ursprung nicht zuletzt in dieser Unkenntnis und dem mangelnden Willen, sich mit solchen Herausforderungen zu beschäftigen und im europäischen Kontext nach zielführenden Lösungen zu suchen.

Beliebt ist bei den Politikern auch das Argument gegenüber der EU und der Quotenregelung, dass die Menschen nicht nach Tschechien kommen oder dort verbleiben wollen. Bei offenen Schengen-Grenzen könne man diese nicht zwangsweise im Land halten. Dafür gibt es Zustimmung aus der Bevölkerung. Auch hier sei der Hinweis auf das ablehnende Klima erlaubt, zu dem die Politiker mit ihren Äußerungen und ihrem Handeln nachhaltig beigetragen haben. Minister Zaoralek fordert Respekt von der EU gegenüber den mitteleuropäischen Ländern und den Ängsten in der tschechischen Bevölkerung. Diesen verdient jedes Land in der EU, unabhängig von dessen Größe oder Bevölkerungszahl. Das setzt jedoch auf der anderen Seite verantwortungsvolles politisches Handeln und die Überzeugung voraus, in vollem Umfang zu dem gemeinsamen Europa zu gehören.

Der tschechische Staatsgründer Tomas Masaryk setzte sich in seiner Zeit leidenschaftlich für die neue Demokratie und für das friedliche Nebeneinander von Tschechen, Deutschen und Juden ein. Er warb für Toleranz zwischen verschiedenen Volksgruppen und prägte in seiner Rede vom 22. Dezember 1918 das geflügelte Wort von der „Gerechtigkeit als der Mathematik des Humanismus“. Vielleicht würde es Tschechien und Europa gut tun, wenn sich möglichst viele Politiker auf diese Orientierung gebenden Worte zurückbesinnen würden.

Dr. Werner Böhler (1953) studierte Wirtschaftswissenschaft an der Universität in Mannheim. Seit 1984 ist er bei der Konrad-Adenauer-Stiftung beschäftigt. Auslandseinsätze übernahm er in Nicaragua, Argentinien, Südafrika und jetzt in Tschechien und der Slowakei.